

Beschluss Bundesweite Einführung der Widerspruchsregelung bei Organspende

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 21.06.2026

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW spricht sich ausdrücklich für die Einführung einer
2 Widerspruchsregelung bei Organspende aus.

3 Die Landesdelegiertenkonferenz bekräftigt damit sowohl den Beschluss
4 „Widerspruchslösung in der Organspende implementieren“ der 48.
5 Bundesdelegiertenkonferenz vom 16.10.2022 sowie das Regierungsprogramm zur
6 Bundestagswahl 2025, in dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung einer
7 Widerspruchsregelung und die weitere Verbesserung der Strukturen in der
8 Transplantationsmedizin unterstützt.

9 Deutschland bleibt bei der Organspende im Eurotransplant-Verbund und im
10 europäischen Vergleich weiter deutlich zurück. Dieses Defizit beruht nicht auf
11 einer grundsätzlich fehlenden Spendenbereitschaft in der Bevölkerung, sondern
12 auch darauf, dass viele Menschen sich ohne klaren Anlass nicht aktiv mit der
13 Frage der Organspende befassen. Gerade deshalb hat die zuletzt 2020 im Bundestag
14 mehrheitlich getragene Entscheidungslösung, die anstelle der
15 Widerspruchsregelung beschlossen wurde, zu keinerlei Verbesserung geführt.

16 Die Zahlen belegen das deutlich: Ende 2025 warteten in Deutschland weiterhin
17 8.199 Menschen auf ein Spenderorgan. Zugleich wurden 2025 in Deutschland 3.256
18 Organe transplantiert, obwohl der Bedarf weiter erheblich höher lag. Jedes Jahr
19 sterben zudem weiterhin 600 bis 700 Menschen auf der Warteliste, während über 80
20 Prozent der Bevölkerung einer Organ- und Gewebespende grundsätzlich positiv
21 gegenüberstehen. Dass Deutschland 2025 mit ca. 11 Spender*innen pro Million
22 Einwohner*innen nur minimal zulegen konnte und damit weiter hinter vielen
23 europäischen Ländern zurückbleibt, zeigt, dass die Haltung von 2020 den
24 Missstand strukturell nicht behoben hat.

25 Vor diesem Hintergrund stellt die Widerspruchsregelung aus Sicht des
26 Landesverbandes NRW eine zeitgemäße, proeuropäische, wissenschaftlich klar
27 belegte und gesundheitspolitisch gebotene Antwort auf eine versorgungspolitisch
28 eindeutige und erhebliche Problemlage dar.